



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Bern,

An den Bundesrat

Mein Besuch vom 13. September in Rom

Ich führte Gespräche mit Präsident G. Andreotti (A), Aussenminister G. de Michelis (M), Landwirtschaftsminister Saccomandi, Industrieminister Battaglia und Schatzminister Carli (C). Mit A und M unterhielt ich mich in erster Linie in meiner Eigenschaft als derzeitiger Präsident des EFTA-Rates. EFTA-Generalsekretär G. Reisch begleitete mich zu diesen beiden Unterredungen.

Hauptziel des Besuches: gemeinsame Beurteilung des Standes der EWR-Verhandlungen und Diskussion des weiteren Vorgehens.

Gegenüber allen Gesprächspartnern unterstrich ich den unveränderten Willen der EFTA-Länder, mit der EG einen umfassenden EWR-Vertrag (EWRV) nach bekannter Zielsetzung abzuschliessen. Die Erkenntnis, dass es sich um sehr schwierige Verhandlungen handle, insbesondere was die Ausnahmen und die rechtlich-institutionellen Fragen angehe, ändere nichts an der Entschlossenheit der schweizerischen EFTA-Präsidentschaft, einen umfassenden EWRV anzustreben. Ein guter EWRV, nicht ein EWRV in Rekordzeit, sei das Ziel. Ein Verschleppen der Verhandlungen sollte freilich vermieden werden, die Zeit arbeite nicht für das Projekt. Kritisch äusserte ich mich zu den ungenügenden Mitteln, welche die EG für diese Verhandlungen einsetzt.

A betonte den politischen Willen des EG-Rates, das EWR-Vorhaben zu einem guten Ende zu führen. Ein zu langes Hinauszögern der Verhandlungen hält er schon allein aus psychologischen Gründen für abträglich. Er versprach, sich persönlich des Dossiers anzunehmen und die Angelegenheit mit dem Kommissionspräsidenten Delors aufzunehmen. Auf meine Frage, wie sich die EG zu einer Erweiterung stellt, reagierte A mit vorsichtiger Zurückhaltung: vorherrschende Meinung sei, dass es mit einer Erweiterung nicht eile. Anders in diesem Punkte war die Reaktion von M: das Thema der Erweiterung sei heute auf dem Tische; die EG bewege sich in Richtung einer 24-er Gemeinschaft.

M vertrat mit Nachdruck die Auffassung, eine politische Grundsatzvereinbarung mit allen wichtigen Elementen eines Kompromisspaketes müsse vor dem Europäischen Rat vom 13./14. Dezember und vor Beginn der EG-Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion einerseits, der politischen Union andererseits erzielt werden. Nur so sei sichergestellt, dass die EG an den beiden Regierungskonferenzen auch die Anliegen der EFTA-Länder in der Bildung der neuen, aus den beiden Regierungskonferenzen hervorgehenden EG berücksichtigen könne und werde. Ohne den Gedanken weiter auszuführen, machte M die bedeutsame Feststellung, es sei wichtig, dass die EFTA-Länder etwas zum Aussehen der EG von 1993 zu sagen hätten. Es gelte, den ersten Kreis der neuen europäischen Architektur, das Verhältnis EG/EFTA-Länder, rasch zu festigen. Von der EG-Kommission könne keine Unterstützung für einen raschen Verhandlungsabschluss erwartet werden. Der politische Kompromiss müsse auf Ministerebene, und zwar in erster Linie zwischen Italien und der Schweiz, vorbereitet werden.

In diesem Sinne schlug M ein erneutes Treffen mit mir Mitte Oktober in der Schweiz vor, was ich akzeptierte. Ich erklärte mich bereit zur Durchführung einer Ministerkonferenz vor dem Europäischen Rat mit dem Versuch, eine politische Grundsatzvereinbarung zu erzielen.

M versprach, sich für einen akzeptablen Kompromiss in der Frage der Mitentscheidung einzusetzen, äusserte aber gleichzeitig den

Wunsch, die Gründe für die zahlreichen Ausnahmebegehren der EFTA-Länder besser kennen und verstehen zu lernen.

Verschiedenen Aeusserungen von M war zu entnehmen, dass Italien vor allem am Nahverhältnis der EG zur Schweiz und zu Oesterreich interessiert ist, was sich u.a. in seiner Aussage kristallisierte: "la base de l'intégration, c'est la géographie".

Kein Verständnis zeigte M für den Beschluss des EG-Rates vom Juni, nur mit Schweden und Norwegen, nicht aber mit den anderen EFTA-Ländern Zivilluftfahrtverhandlungen aufzunehmen. Er werde diese Sache an die Hand nehmen; hier gehe es nicht um eine reine Verkehrs-, sondern um eine politische Frage.

Wie schon gegenüber Bundesrat Felber hatte M ungeteiltes Lob für die schweizerische Haltung in der Golfkrise, gab anschliessend aber seinem Erstaunen Ausdruck, dass die Schweiz in der KSZE, die sich zu einer politischen Organisation entwickle, mitmache, aber noch immer nicht der UNO angehöre. Er sehe darin einen Widerspruch.

Gegenüber C, der als Schatzminister für die internationale Währungspolitik zuständig ist, äusserte ich meine Enttäuschung über die italienische Haltung bei den laufenden Verhandlungen zur schweizerischen IWF-Quote. Ich bat C eindringlich, die Instruktionen an den italienischen Delegierten in Washington zu überprüfen.

Die Frage, wie bei den bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschafts- und Währungsunion die Perspektiven der Regierungskonferenz zu bewerten seien, beantwortete C mit "mässig optimistisch". Wichtig ist für ihn der Ausgang der deutschen Wahlen. C glaubt, dass sich Bundeskanzler Kohl über verschiedene Bedenken seiner Währungsexperten hinwegsetzen werde.

BUREAU DE L'INTEGRATION DFAE/DFFP777.231.1 - kel/hem

Berne, le 17 septembre 1990

Note à: M. le Conseiller fédéral Jean-Pascal DELAMURAZ**Votre visite à Rome**

Vous trouverez en annexe une note d'information destinée aux Membres du Conseil fédéral.

BUREAU DE L'INTEGRATION DFAE/DFEP



(Jakob Kellenberger)

Annexe mentionnée**Copies:**

- blf, jek, ari, gir, bal, zos, egg, her
- col, sal, bau, maa, zis, fed, nep, wit, mey,
rey, sce, sho, gab, sey, cal